

So kann es gehen

Mit einem Vorschlag, in dem die Forderungen konkretisiert und präzisiert werden, geht die Volksinitiative „Mehr Hände für Hamburger Kitas“ in die Verhandlungen mit dem Senat. So laufen dessen Angriffe ins Leere

Krippenausbauprogramm, Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz, Elternbeitragsfreiheit und, und, und – die Kitas in Hamburg werden von Hamburger Eltern gerne und reichlich in Anspruch genommen.

Das ist gut so, auch wir haben das gewollt. Frühkindliche Bildung, institutionelle Betreuung inklusive Erziehung für alle Hamburger Kinder sind Ziele, die wir in der Hamburger GEW schon seit langem fordern und vorangetrieben haben. Im Gegensatz zum Hamburger Senat haben wir gesagt, dass für jede Verbesserung auch mehr Personal benötigt wird.

Eine Maßnahme, um dem aufwachsenden Fachkräftemangel zu begegnen, war 2012 die behördliche Schaffung einer „Positivliste“. In dieser Liste sind Berufe und Studienabschlüsse genannt, mit denen man als Erziehungsfachkraft angesehen wird und die somit dem bestehenden Fachkraftgebot in Kitas und GBS nicht widersprechen. Im September 2019 soll die Liste dahingehend überprüft werden, ob die Laufzeit dieser Positivliste mit oder ohne Veränderungen verlängert wird. (Stand 01.04.2017)

Als Ende 2014 das Eckpunktetpapier zu einer angemessenen Personalausstattung im Kita-Bereich von der Bürgerschaft beschlossen wurde, hatte der Hamburger Senat wieder mal versäumt, zusätzliche Ausbildungskapazitäten für die benö-

tigten Fachkräfte zu schaffen.

Erst im Juni 2017 erfolgte der Senatsbeschluss durch Absenkung der Eingangsbedingungen zu den Fachschulen der Sozialpädagogik, um in den kommenden vier Jahren jedes Jahr 500 Fachkräfte zusätzlich generieren zu können. Aktuell zeichnet sich eine weitere behördliche Maß-



nahme zur Personalrekrutierung ab. In der Antwort des Senats (Drucksache 21/11160) vom 5.12.2017 unter der Überschrift: „Einstellungsoffensive der Kitas in Hamburg“ deutet der Senat an, dass die Positivliste um Menschen mit Hauptschulabschluss und einer zu durchlaufenden Grundqualifizierung erweitert wird.

Das Kitanetzwerk fordert „Mehr Hände für Hamburgs Kitas“

Von interessierter Seite wird

über die Medien der Eindruck erweckt, dass die von den Beschäftigten qua Volksinitiative aufgestellte Forderung nach mehr Personal, die von den Gewerkschaften GEW und ver.di Unterstützung erfährt, völlig unrealistisch sei. Die von allen Fachleuten als richtige Forderung anerkannten Fachkraft-Kind-Relationen in der Krippe von 1:4 und im Elementarbereich von 1:10 seien zum Scheitern verurteilt, da in der dafür erforderlichen Größenordnung zu keiner Zeit genügend Fachkräfte vorhanden sein werden, so der Tenor unserer Kritiker_innen. Richtig dabei ist, dass selbst, wenn das dahinter stehende Versäumnis dem Senat und seiner Vorgängerregierungen zuzurechnen ist, faktisch nicht so viel Personal zu realisieren sein wird wie benötigt. Ein kleiner Teil ließe sich sicherlich durch Auflösen der Zwangsteilzeitbeschäftigungen erreichen, aber längst nicht genug, um die geforderte, weil angemessene Fachkraft-Kind-Relation zu schaffen. Selbst der lange Zeitraum bis 2028, der für die 100prozentige Umsetzung der geforderten Fachkraft-Kind-Relationen vorgeschlagen ist, garantiert nicht, dass dann genügend Fachkräfte zur Verfügung stehen.

Wir sehen Möglichkeiten für eine Lösung

Abgesehen von der Erhöhung der Ausbildungskapazität, die jährlich zusätzlich 500 Fachkräfte ab 1.1.2018 für den Kita-Bereich bringen soll, sind die Maßnahmen, die über die Positivliste zu mehr Personal in den Kitas führen sollen, mit dem großen Manko behaftet, dass auf diese Art Menschen in die Kitas kommen, die für diesen Bereich nicht ausgebildet wurden. Diese Neueingestellten benötigen aber eine Einarbeitungszeit, was einer Anleitung bedarf, die wiederum einen Personalbedarf auslöst.

Die Behörde begrenzt deswegen zwar die Menge solcher „Ersatz-erzieher_innen“ auf maximal 25 Prozent des Personals, ohne aber entsprechend personelle Ressourcen für die Anleitung bereitzustellen. Hier muss ein Umdenken passieren. Deshalb unser Vorschlag: Wenn wir davon ausgehen, dass jährlich 500 Fachkräfte zusätzlich eingestellt werden, dann wollen wir ermöglichen, dass je gewonnener Fachkraft zwei unausgebildete oder fachfremd ausgebildete volljährige Menschen, die in der Arbeit in Kindertagesstätten ihre berufliche Bestimmung sehen, mit-eingestellt werden können. Jede Fachkraft muss dann für zwei Drittel ihrer Arbeitszeit freigestellt werden, um eine qualifizierte Anleitung für die zunächst noch fachfremden Mitarbeiter_innen zu gewährleisten. Auf diese Weise dürften für diese drei Mitarbeiter_innen maximal 2,33 Personen im Personalschlüssel angerechnet werden. Den solcherart ausgebildeten Personen soll eine Arbeitsvertragsverlängerung nach zwei Jahren nur dann angeboten werden, wenn sie sich verpflichten, nach den

zwei Jahren berufsbegleitender Ausbildung eine Fachkraftausbildung zu absolvieren.

Im Gegensatz zu einer fortwährend zu erweiternden ‚Positivliste‘ mit verschiedensten Berufen, werden unserem Vorschlag nach echte pädagogische Fachkräfte gewonnen. Der Einstieg, also das zweijährige ‚Vorpraktikum‘, ist dabei nach Tarifvertrag AV-H mit S2 oder S3 zu vergüten. Wir sind der festen Überzeugung, dass dies der bessere Weg gegenüber einer ‚Positivliste‘ ist, um dem pädagogischen Fachkräftemangel, der zurzeit immer weiter ansteigt, zu begegnen. Der Bedarf richtet sich nicht zuletzt auch nach dem, was wir politisch durchsetzen. Nicht zuletzt deshalb setzen wir alle Kraft daran, dass die auf den Weg gebrachte Volksinitiative ‚Mehr Hände für Hamburger Kitas‘ zu einem Erfolg wird.

Volksini – Unterschriften kurz vor der Abgabe

Der Erfolg der Volksinitiative kann zu diesem Zeitpunkt schon als gesichert angenommen werden, spannend ist aber noch, um wie viel die erforderliche Anzahl

von 10.000 Unterschriften überschritten wird.

Das Argument des Senats, dass die Umsetzung unserer Forderungen daran scheitern könnte, dass nicht genügend Fachkräfte zur Verfügung stehen, ist angesichts unseres Vorschlags (s.o.) nicht mehr haltbar. Wenn es gelingt, in dem von der Volksinitiative angebotenen Zeitraum von 10 Jahren im Zusammenspiel mit der Ausbildungsinitiative des Senats die erforderlichen Fachkräfte zu sichern, kann hierdurch nicht nur der von der Volksinitiative geforderte Personalschlüssel realisiert werden, sondern auch die Arbeitsbelastung verringert werden. Damit geht einher, den Beruf des Erziehers/der Erzieherin attraktiver zu machen.

Dass zur Attraktivität auch eine angemessene Bezahlung gehört, ist unbestritten. Auch dafür setzen sich die Gewerkschaften ein. Die Tarifrunde ist aktuell eröffnet. Die gemeinsam erhobene Forderung von ver.di und GEW lautet: 6 Prozent mehr Lohn, wobei die Steigerung mindestens 200,- Euro ausmachen soll.

JENS KASTNER, Sprecher der Fachgruppe Kinder- und Jugendhilfe

Schulbehörde hat Dienstvereinbarung Ganztags gekündigt – Verhandlungen wurden aufgenommen

Die BSB hat die „Dienstvereinbarung zum Einsatz von Lehrkräften in Ganztagschulen nach Rahmenkonzept in schulischer Verantwortung (GTS)“ zum 31.7.2018 gekündigt. Der Gesamtpersonalrat und Vertreter der BSB haben erste Gespräche geführt. Ziel der Verhandlungen ist es, schon für das neue Schuljahr Rahmenvorgaben für einen Einsatz der Lehrkräfte der allgemeinbildenden Schulen zu vereinbaren. Damit würden vergleichbare Arbeitsbedingungen weiter sichergestellt. Bis zum Schuljahrsende gilt die Übergangsregelung vom 10. Mai 2017 weiter.

Die GEW erwartet und fordert für die Novellierung,

- dass die bisherigen Schutzvorschriften für die Beschäftigten im Ganztags auch in die Neufassung Eingang finden,
- dass nun auch der Einsatz der Lehrkräfte an Gymnasien regulär Aufnahme in die Dienstvereinbarung findet.

Es kann nicht sein, dass an Gymnasien schlechtere Bedingungen für die Lehrkräfte im schulischen Ganztags herrschen.



Foto: © Max Müller / pixelio.de